



**Kommunalwahlprogramm 2020**

**DIE LINKE**  
steht für eine sozial-ökologische  
Wende in Bielefeld

**DIE LINKE.**  
KREISVERBAND BIELEFELD

## **DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.**

*Nach 10 Jahren Nothaushalt in Bielefeld, nach fehlenden Investitionen in Schulbauten und weiteren öffentlichen Einrichtungen, nach unzureichendem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, dem mangelhaften Ausbau der digitalen Netze und dem jahrelangen Stillstand in der personellen und sozialen Entwicklung unserer Stadt gilt es nun bürger-nahe Bedürfnisse angemessen zu bedienen. Aktuell erwartet Die LINKE wieder eine zugespitzte Haushaltslage, auch als Auswirkungen der Corona-Pandemie. Nach den bundes- und landweiten Hilfen, besonders für die Wirtschaft, braucht es nun auch unseren kritischen Blick auf die Haushaltslage der Stadt. Wir stehen für solidarische Ansätze, um die dringenden Aufgaben finanziell zu sichern. Wir werden weiter die zur Kasse bitten, denen es am wenigsten weh tut und fordern ausdrücklich einen Schutzschirm für soziale Leistungen.*

*Verantwortlich mit finanziellen Ressourcen umgehen bedeutet für DIE LINKE, sozial-ökologische Schwerpunkte in unserer Stadt zu setzen. Darüber hinaus muss sich Kommunalpolitik den Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge neu stellen!*

*DIE LINKE ist im Rat die einzige Partei, die sich nicht damit abfindet, dass in einem immer reicher werdenden Land die persönliche und öffentliche Armut ansteigt. Die Verarmung der Kommunen muss beendet und der Reichtum „umfairteilt“ werden.*

*Doch linker Kommunalpolitik sind Grenzen gesetzt, solange die Kommunen strukturell*

*unterfinanziert sind. Deshalb setzen wir auf einen bundes- und landespolitischen Politikwechsel, um tiefgreifende Verbesserungen für die Menschen und für die Kommunen zu erreichen.*

*Die Kommunalpolitik der LINKEN folgt dabei miteinander verbundenen Grundsätzen:*

*Unsere Kommunalpolitik stellt die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt. Dabei setzen wir in sozialen wie ökologischen Fragen Prioritäten.*

*DIE LINKE steht zu dem Angebot der Zusammenarbeit mit Bürger\*innen, die sich politisch einmischen und ihre Lebensbedingungen selbstbestimmt und gemeinschaftlich mitgestalten möchten. Wir möchten mit den Menschen vor Ort partnerschaftliche Entscheidungen treffen.*

**Setzen Sie sich gemeinsam weiter mit uns ein:**

- **für ein demokratisches und lebenswertes Bielefeld**
- **für eine Stadt, die sozial-ökologische Prioritäten setzt**
- **für ein tolerantes Bielefeld aller Menschen**

**Onur Ocak**

Oberbürgermeister-Kandidat

**Brigitte Stelze**

Sprecherin DIE LINKE Bielefeld

**Florian Straetmanns**

Sprecher DIE LINKE Bielefeld

# DIE LINKE wirkt

Als Demokratische Sozialist\*innen sind wir vor allem da erfolgreich, wo wir gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen, mit Bürgerbewegungen, Initiativen und Gewerkschaften zusammenarbeiten und deren Zielsetzungen mit unserer Arbeit in den städtischen Gremien verbinden.

Unsere linke Opposition im Rat und den Bezirksvertretungen erschwert es den Mehrheitsparteien, unsoziale Vorhaben durchzusetzen.

Unser Fraktionsbüro im Rathaus und das Parteibüro in der August-Bebel-Straße ist für alle Bürger\*innen, die unseren politischen Rat suchen oder Anregungen für uns mitbringen, offen.

Argumente und Forderungen der LINKEN finden bei den Berichterstattungen der lokalen Medien nur selten Berücksichtigung. Daher setzen wir auf eigene Informationsmaterialien, bauen die Nutzung digitaler Medien aus und suchen immer wieder das Gespräch mit den Menschen vor Ort. Seine Meinung vertreten, Unterschriftensammlungen für Bürgerbegehren oder Einwohneranträge, für die eigenen Interessen auf die Straße gehen sind für uns wichtige Schritte des politischen Handelns und erzeugen öffentlich Druck auf Politik und Verwaltung.

## **DIE LINKE handelt vor Ort:**

● Im Jahr 2014 erhielt DIE LINKE Ratsfraktion Kenntnis von mutmaßlich überhöhten Zahlungen an den damaligen Betriebsratsvorsitzenden der Stadtwerke Bielefeld und stellte Anzeige, damit die Staatsanwaltschaft den Vorgang überprüft. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke forderte schließlich im Jahr 2018 vom Ex-Geschäftsführer 3,4 Millionen Euro und einigte sich dann auf eine Zahlung von 1 Million Euro.

● Als Oberbürgermeister Pit Clausen die Bürgerberatungen in den Stadtteilen schließen wollte, startete DIE LINKE einen

Einwohnerantrag zur Rettung der Bürgerberatungen. Im Rat ignorierten SPD und Grüne zwar die Unterschriften von 12.052 Bürger\*innen – Oberbürgermeister Pit Clausen sah sich dennoch gezwungen, seinen Beschluss zur kompletten Schließung der Bürgerberatungen in den Stadtteilen zurückzunehmen. Leider wurden bei einigen Standorten jedoch die Öffnungszeiten reduziert. Wir vergessen das nicht!

● Seit vielen Jahren steigen in Bielefeld die Mieten, und es wird immer schwieriger eine bezahlbare Wohnung zu finden. 2016 wurde der Antrag der LINKEN mehrheitlich beschlossen, dass die 25-Prozentquote für Sozialwohnungen nicht nur für neue, sondern auch für noch nicht beschlossene Bebauungspläne gilt.

● Da sich Bielefeld zur am schnellsten wachsenden Großstadt in NRW entwickelt hat, begann DIE LINKE 2017 mit der Unterschriftensammlung für den Einwohnerantrag „Bezahlbares Wohnen für alle“: Die Stadt sollte bis Ende 2020 selbst 3.000 bezahlbare Wohnungen bauen. Die Forderung der über 11.000 Einwohner\*innen wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. DIE LINKE hat mit dem Einwohnerantrag jedoch erreicht, dass die Wohnungsnot von der Politik endlich zur Kenntnis genommen und nicht länger kleingeredet wird. Nach jahrelangem Druck der LINKEN wurde 2019 im Rat die Bielefelder Baulandstrategie beschlossen. Dadurch soll Bauland für neue Wohnungen günstiger werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, löst das Wohnungsproblem jedoch nicht. Da der private Wohnungsmarkt versagt hat, muss die Stadt selbst bauen. Darum fordert DIE LINKE, dass nach dem Abzug der britischen Armee die freiwerdenden Flächen für städtischen Wohnungsbau genutzt werden.

● Im Jahr 2008 hatte die CDU/FDP Landesregierung die Wohnungen vom Land an das heute börsennotierte Wohnungsunternehmen LEG verkauft. In den letzten 6 Jahren hat sich der Börsenwert fast verdreifacht. In Bielefeld hat DIE LINKE LEG-Mietern bei überzogenen Mieterhöhungen und Nebenkosten-Forderungen geholfen. Eine ganze Reihe von Mietern konnte so vor Gericht ungerechtfertigte Forderungen abwehren. Davon profitiert auch die Stadt, da sie für viele Menschen die Wohnkosten übernehmen muss.

● Seit Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 hat DIE LINKE gegen die viel zu niedrigen Erstattungen für die Mieten protestiert. Trotz höchstrichterlicher Urteile haben die Verwaltung und alle anderen Parteien sich geweigert, die Richtlinien anzupassen. Im Jahr 2018 wurden in Bielefeld Empfängern von Hartz IV, Grundsicherung im Alter und

Sozialhilfe insgesamt fünf Millionen Euro rechtswidrig vorenthalten. Auf Druck der LINKEN wurde 2019 endlich ein „schlüssiges Konzept“ für die Mieten beschlossen. Mit Musteranträgen der LINKEN bekamen viele Betroffene rückwirkend für das laufende und das letzte Jahr Geld erstattet.

● Mit dem Bündnis für ein Sozialticket konnte DIE LINKE erreichen, dass sich der Preis vom Bielefelder Sozialticket derzeit nicht weiter erhöht – auch nicht bei allgemeinen Preiserhöhungen von moBiel.

● Für Menschen mit wenig Einkommen gibt es eine Reihe von Vergünstigungen und Beratungsmöglichkeiten. Eigentlich ist es die Aufgabe der Stadt, den Betroffenen die notwendigen Informationen dafür zu geben. Da die Stadt dies jedoch seit vielen Jahren vernachlässigt, hat DIE LINKE (inzwischen in zweiter Auflage) einen „Sozialkompass“ erstellt und kostenlos an Betroffene verteilt.

**Ohne Moos nix los!**

## Eckpunkte kommunaler Finanzpolitik

Wer wie DIE LINKE den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge als zentrale kommunale Aufgabe versteht, steht zu einer bedarfs- und aufgabengerechten Steuerpolitik zugunsten unserer Kommunalfinanzen. Bundesweite Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen trieben auch unsere Stadt in finanzielle Bedrängnis und eine lange Phase der Haushaltssperre. Die Auswirkungen wie unsere maroden Schulbauten, den vernachlässigten öffentlichen Nahverkehr und erhebliche Einschränkungen, besonders bei sozialen Aufgaben, hinterließen Spuren. Die neoliberale Lehre, dass Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln, hat sich nicht bewährt. Dies muss ein Ende haben!

In den Kommunen werden viele politische Entscheidungen getroffen, die unser Leben ganz direkt betreffen und zu deren Finan-

zierung ausreichend Steuergelder notwendig sind. Ob der Bau einer neuen Kita, die Sanierung einer Schule, der Betrieb des kommunalen Krankenhauses, die Pflege von Parkanlagen und Sportplätzen oder der pünktliche Bus: Eine lebenswerte Stadt und ein gutes Leben für alle muss öffentlich finanziert werden. Wir stellen wieder einmal fest, dass besonders in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden systematisch unterfinanziert sind.

Den Superreichen, ihren Banken und Konzernen werden immer noch Steuergeschenke von rund 70 Milliarden Euro gemacht – pro Jahr! Zusätzlich hilft ein Netzwerk von spezialisierten Banken und Anwaltskanzleien Vermögenden beim Diebstahl von Milliarden Euro an Steuergeldern, wie beispielsweise die so genannten Panama- oder

Paradise-Papers aufgezeigt haben. Das Problem der geleerten öffentlichen Kassen wurde jeweils von der Bundes- und Landesebene auf die Ebene verschoben, die sich am schlechtesten dagegen wehren kann, nämlich auf die Kommunen – und damit auf unser aller Alltag.

## **Städtische Möglichkeiten richtig nutzen!**

Seit vielen Jahren sind die Finanzen der Stadt Bielefeld in Not: Die kommunale Infrastruktur wurde auf Verschleiß gefahren – Schulgebäude wurden nicht saniert und verfallen.

Der Bielefelder Wirtschaft geht es dagegen sehr gut. Sie hat auch von den Steuergeschenken profitiert. Trotzdem wollen alle anderen Parteien die kommunale Gewerbesteuer nicht auf den Gewerbesteuerhebesatz vergleichbarer Städte erhöhen. Die Gewerbesteuer wird dabei fast nur auf Gewinne erhoben. Stattdessen wurde in Bielefeld die Grundsteuer deutlich erhöht. Da die Grundsteuer auf Mieten umgelegt werden darf, wurden dadurch besonders Menschen mit geringen Einkommen belastet. Grundgesetzwidrig wurde sogar bis zum Jahr 2019 Empfängern von Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter nicht die angemessene Miete bezahlt. Dadurch sparte die Stadt zuletzt ca. 5 Millionen Euro jährlich auf Kosten der Ärmsten.

Wenn die gute Konjunktur anhält, wird die Stadt Bielefeld ab dem Jahr 2022 nicht mehr unter den strengen Bedingungen eines „Nothaushaltes“ stehen. Trotzdem wollen alle anderen Parteien im Rat die Hälfte der künftigen städtischen Haushaltsüberschüsse zur Tilgung von Schulden verwenden, anstatt sie vorrangig für überfällige Investitionen zu nutzen.

### **Konkret fordern wir:**

● **Statt Verkauf des öffentlichen Baulands, nur noch Nutzungsvergabe nach Erbbaurecht zu vereinbaren, um so nachhaltig den Baugrund der Stadt zu sichern.**

● **Wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie konsequent auch für deren Finanzierung sorgen (Konnexitätsprinzip).**

● **Die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 % auf 28 %.**

● **Höhere Steuern auf Gewinne zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben (Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes).**

● **DIE LINKE steht zur Sicherung und Ausbau tarifgerechter öffentlicher Leistungen; Auslagerung von städtischen Tätigkeiten lehnen wir ab.**

● **Wir fordern eine sachgerechte Personalausstattung für alle öffentlichen Aufgaben, und wir sagen nein, wenn es um unzumutbare Arbeitsverdichtung als Folge von Stellenabbau geht.**

## **Raus aus den kommunalen Altschulden!**

Grund für die kommunale Verschuldung ist die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und Land. Die Schuldenbremse und die Ideologie der „Schwarzen Null“ haben die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Kommunen verschärft. Viele, unverschuldet und hoch überschuldete Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung. DIE LINKE fordert deshalb einen Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen. Dieser Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen. Als Ausgleich für die bisherige Unterfinanzierung der Kommunen soll die Bundesebene mit 50 Prozent, das Land und die Kommunen mit jeweils 25 Prozent beteiligt werden. Die Beteiligung von Bund und Land wäre kein Geschenk, sondern ein Ausgleich für die mangelnde Finanzierung der Vergangenheit und damit nachholende Konnexität. Die betroffenen Kommunen wären dann wieder in der Lage, Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und wichtige Aufgaben bei Bildung, Verkehr, Sport und Kultur zu nutzen.

# Mit uns bezahlbaren Wohnraum in Bielefeld wählen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Unabhängig vom Einkommen müssen alle Menschen Wohnraum finden können. Das ist in Bielefeld seit mehreren Jahren nicht möglich: in keiner anderen Großstadt in Nordrhein-Westfalen ist der durchschnittliche Quadratmeterpreis so stark gestiegen. Entgegen aller Prognosen stieg gleichzeitig die Bevölkerungszahl der Stadt auf über 340.000. Investoren haben die Lage für den privaten Profit genutzt und Wohnraum im hohen Preissegment errichtet. Aber auch für ältere Wohnungen sind die Mieten so gestiegen, dass immer mehr Menschen über 30% ihres Einkommens für Wohnen ausgeben müssen.

DIE LINKE will bezahlbaren Wohnraum sichern<sup>[1]</sup>. Dafür soll die Stadt Bielefeld selbst bauen, vermieten und für gute Wohnqualität sorgen. Das hat DIE LINKE bereits 2016 mit dem Einwohnerantrag ‚Bezahlbares Wohnen für alle‘, gefordert. Mehr als 11.000 Bielefelder\*innen haben ihn unterstützt. Alle anderen Fraktionen im Stadtrat haben die Forderung abgelehnt. Noch immer nehmen sie den Mangel an bezahlbarem Wohnraum nicht ernst: Sie setzen auf den Markt oder hoffen auf den Bau von Sozialwohnungen durch Private. Aber nur 19 Sozialwohnungen sind auf Grundlage der beschlossenen Quotenregelung zwischen 2018 und 2019 errichtet worden. Und auch die Baulandstrategie des Oberbürgermeisters wird wenig bringen, solange die Stadt sie nicht nutzt, um selbst zu bauen.

DIE LINKE hingegen bleibt hartnäckig und fordert die Umsetzung folgender Maßnahmen:

## Schritte zur Lösung des Wohnungsproblems in Bielefeld

- **Die Stadt baut selbst oder über ihre Tochtergesellschaften**
- **Die Briten verlassen 2020 Bielefeld und geben 42 Hektar Kasernenflächen frei.**

Selbst wenn der Bund diese Flächen zunächst für die Ausbildung der Bundespolizei nutzen will, bietet das der Stadt spätestens danach die Möglichkeit, selbst zu bauen und ein neues Stadtviertel zu entwickeln. Die Polizeiausbildung soll zeitlich begrenzt sein, und es werden vermutlich nicht alle Flächen benötigt. Darum muss die Stadt jetzt mit ihren Bürger\*innen ihre Konzepte und Planungen entwickeln.

Das Grundkapital ist bereits vorhanden, da die Stadt die Flächen kostenfrei vom Bund (BlmA) erhalten kann.<sup>[2]</sup> Die Finanzierung des Baus ist für die Stadt billiger als für private Unternehmer. Da auch keine Profite erzielt werden müssen, kann die Stadt langfristig zu geringeren Preisen vermieten. Dass das geht, beweist die Stadt Wien: diese baut seit über 100 Jahren Gemeindewohnungen, die sie selbst vermietet oder über Genossenschaften bauen lässt. Etwa die Hälfte aller Wiener Wohnungen gehört der Stadt oder Genossenschaften und damit den Wiener\*innen selbst.

Baudezernent Gregor Moss hat den Konversionsprozess in Bielefeld verschleppt und Transparenz um die Verhandlungen verhindert. DIE LINKE fordert daher einen Neubeginn im Baudezernat.

[1] Bezahlbares Wohnen bedeutet, dass die Menschen nicht mehr als 30% ihres Einkommens für Wohnen ausgeben

[2] Denn die Stadt hat nach dem Garnisonsvertrag von 1937 einen Anspruch auf Erstattung des Werts dieser Grundstücke, sobald die Briten abziehen. Daher könnte die Stadt – wie kürzlich in Münster – die Flächen vom Bund kaufen und bezahlt nur den Wert der darauf befindlichen Häuser.

## **Rechtliche Instrumente der Stadt für bezahlbare Wohnungen**

- **Die Stadt macht von ihren rechtlichen Möglichkeiten des Baugesetzbuches nicht in vollem Umfang Gebrauch. Im Rahmen einer zielgerichteten Wohnungspolitik könnte sie:**
- **Grundstücke kostengünstig erwerben**
- **Bei Grundstücksverkäufen selbst zugreifen, um Spekulanten fern zu halten**
- **Ein Bau-Gebot für leerstehende Grundstücke aussprechen**
- **Aktive Bodenpolitik: Keine öffentlichen Flächen mehr verkaufen, Erbpachtverträge abschließen**
- **Über das Bauamt private Bauherren ansprechen und beraten, um Verdichtung zu bewirken (Hinterhofbebauung, Aufstockungen)**
- **In Bebauungsplänen 50% Sozialwohnungen verpflichtend vorsehen und mittels eines Baugebots durchsetzen!**

## **Gründung von Genossenschaften fördern!**

Die Stadt soll Gründer von Genossenschaften rechtlich beraten, um so die Errichtung z.B. von Mehrgenerationenhäusern oder anderen alternativen Wohnprojekten zu fördern. Für sozialpolitisch sinnvolle Bauten von Genossenschaften sollen staatliche Förderungen bereitgestellt bzw. ausgeschöpft werden.

## **Grundstücke an Genossenschaften!**

Grundstücke, die die Stadt nicht selbst bebauen will, sollen vorrangig an Genossenschaften vergeben werden.

## **Bezahlbarer Wohnraum soll bezahlbar bleiben**

## **Mehr Kontrolle zur Durchsetzung des geltenden Rechts!**

Zur Kontrolle von Umwandlungen, spekulativem Leerstand und anderen Verstößen gegen geltendes Recht muss die Wohnungsaufsicht verstärkt werden: Das Wohnungsaufsichtsgesetz NRW bietet hierzu die rechtlichen Möglichkeiten – die Stadt muss von ihnen Gebrauch machen!

## **Billigen Wohnraum erhalten!**

In bestimmten Gebieten, die die Stadt selbst beschließen kann („Stadtumbaugebiete“, etwa Sennestadt, Sieker, nördliche Innenstadt), hat sie zusätzliche Rechte bis hin zur Enteignung, um den Erhalt von günstigen Wohnungen zu sichern. Die Stadt muss diese Rechte nutzen!

## **Abriss verhindern, Altbaubestand erhalten!**

Über einen Ratsbeschluss (Einrichtung von Sanierungsgebieten und Erlass von Erhaltungssatzungen in sog. Milieuschutzgebieten) kann die Stadt ein Vorkaufsrecht erreichen. Sie kann auch ein Umwandlungsverbot erlassen und damit den Abriss preisgünstiger Wohnungen und so Luxusmodernisierungen verhindern.

## **Durch Transparenz und qualifizierte Mietpiegel Mietsteigerungen verhindern!**

- **Städtische Rechtsberatung für Mieter: Da die Stadt die Mieten bei Grundversicherung bezahlen muss, kann sie diesen Mietern auch helfen, gegen Mieterhöhungen vorzugehen.**
- **Mietervertreter in die Gutachterausschüsse und das Mietspiegelgremium! Mieterhöhungen hängen auch vom Mietpiegel ab. Die Erarbeitung des Mietspiegels darf nicht hauptsächlich den Maklern und Eigentümern überlassen bleiben!**

Darüber hinaus fordert DIE LINKE: Der Bund soll das Mietspiegelgesetz ändern, damit ein Mietspiegel nicht für Neuverträge, sondern auch Bestandsmieten berücksichtigt!

## **Fehlnutzungen und Spekulation beschränken**

- **Wohnungen erwerben! Um kurzfristig gegen die Kommerzialisierung vorzugehen, soll die Stadt ihre Möglichkeiten nutzen, Mehrfamilienhäuser selbst zu erwerben.**
- **Ferienwohnungen dem Wohnungsmarkt zuführen! Viele der in Bielefeld angebotenen Ferienwohnungen dürften nicht gewerblich vermietet werden. Das muss die Stadt durch konsequente Kontrollen verhindern. Sie kann die Herausgabe entsprechender Daten einklagen.**
- **Konsequent gegen Baumängel und gegen Leerstand vorgehen! Das Wohnungsaufsichtsgesetz NRW gibt ihr hierzu die Möglichkeiten. Die Stadt muss sie nutzen und die nötigen Stellen schaffen!**

## **Forderungen an das Land, den Bund und Europa:**

- **Mietendeckel! DIE LINKE fordert vom Land NRW: Das Land Nordrhein-Westfalen soll wieder eine Mietpreisbindung einführen oder dies den Städten und Gemeinden ermöglichen.**
- **DIE LINKE fordert vom Bund ein Programm, das städtischen Wohnungsbau bezuschusst.**
- **DIE LINKE fordert auf europäischer Ebene, dass Verträge und Richtlinien geändert werden, die die Errichtung öffentlichen Eigentums erschweren.**
- **DIE LINKE fordert in Bund und Land: Kommerzielle Wohnungskonzerne müssen enteignet werden!**

Ein linkes Wohnungsbaukonzept setzt einen sorgsamen Umgang mit dem Flächenverbrauch voraus.

## **Flächenverbrauch eindämmen – vorhandene Flächen optimal nutzen**

Boden ist nicht vermehrbar und unterliegt verschiedenen Interessen: Wohnen, Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft, Freizeit und Natur. Bielefeld benötigt aufgrund einer wachsenden Bevölkerung neuen Wohnraum, und die Wirtschaft möchte neue Gewerbeflächen haben. Eine Ausweitung des bebauten Gebietes muss auf das Notwendigste beschränkt werden und folgenden Kriterien unterliegen:

### **Die Linke fordert:**

- **Verdichtung von vorhandenen Flächen inkl. des durchzusetzenden Baubebotes bei brachliegenden innerstädtischen Flächen.**
- **Parkflächen in der Innenstadt sind zu verringern, um Platz besser zu nutzen.**
- **neue Flächen für Wohnungsbau müssen optimal genutzt werden. Einfamilienhaus-Siedlungen sind abzulehnen – wir brauchen Mehrgeschossbauten und Mischsiedlungen.**
- **Eingeschossige Gebäude, ob gewerblich oder für den Wohnungsbau, sind abzulehnen oder nur mit besonderen Begründungen zu erlauben.**
- **Parkplätze sind vorzugsweise als Tiefgarage oder als Parkdeck auf Gebäuden zu planen.**
- **Die Pflicht zur Erstellung von Parkplätzen (Stellplatzverpflichtung) gehört reduziert. Ersatzweise sollen mit ÖPNV gut erreichbare Stellplätze in Parkhäusern angeboten werden.**
- **Schützenswerte Naturflächen und wertvoller Ackerboden sind aus der Planung zu nehmen.**



# Mobilität: sozial & ökologisch

Für Die LINKE im Rat der Stadt Bielefeld nimmt die Weiterentwicklung bezahlbarer Mobilität und das Bemühen um den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Unterstützung von Rad und Fußverkehr seit Jahren einen besonderen Stellenwert ein. Hier haben wir eine hohe Fachkompetenz und stellen entsprechend unsere Vorstellungen zur Verkehrswende in den Vordergrund der aktuellen ökologischen Diskussion in unserer Stadt.

## Die Zeit ist reif für eine zukunftsfähige Mobilität.

Deshalb unterstützt DIE LINKE die städtische Mobilitätsstrategie: Fuß, Fahrrad, Bahn und Bus sollen bis 2030 auf einen Anteil von 75% vom Gesamtverkehr kommen. Das wird nur gelingen, wenn die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Infrastruktur für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen deutlich verbessert werden. Eine Voraussetzung dafür ist eine gerechtere Aufteilung des Verkehrsraums. Der zunehmende Ausbau des ÖPNVs und auch der Radinfrastruktur kann nicht ohne Einschränkungen beim Autoverkehr und öffentlichen Parkplätzen gelingen.

## Für DIE LINKE ist und bleibt der soziale Aspekt in der Verkehrswende zentral.

Attraktive Preise werden für alle Bürger\*innen einen Anreiz für den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bieten. Zugunsten der Menschen mit niedrigem Einkommen arbeitet DIE LINKE seit vielen Jahren in unserer Stadt für bezahlbare Mobilität, um echter Teilhabe an der Stadtgesellschaft schon jetzt näher zu kommen.

DIE LINKE begrüßt, dass sich nun auch mo-

mentation zu eigen macht, dass der um fast 50 % reduzierte Preis so viele Neukunden anlocken wird, dass dadurch die durch den reduzierten Preis bedingten Einnahmeausfälle kompensiert werden.

Als Mitglied des Bündnisses für ein Bielefelder Sozialtickets fordern wir nun folgerichtig, dass auch der Preis für das örtliche Sozialticket, das aktuell in der Ganztagsversion mit 41,60 € pro Monat weit über dem Ansatz von ca. 29 € für Mobilität im Hartz-IV-Regelsatz liegt, erkennbar abgesenkt wird.

## Auf dem Weg zum Nulltarif mit uns sozialen öffentlichen Nahverkehr wählen

- **Das Ticketsystem muss vereinfacht und im Preis attraktiver gestaltet werden.**
- **Ein 365-€-Ticket für Alle unterstützt ein Mobilitäts-Modell mit weitreichenden ökologischen Pluspunkten.**
- **Schüler\*innen, Auszubildende und Inhaber\*innen des Bielefeld-Passes brauchen auf dem Weg zum Nulltarif, jetzt ein kostenfreies (Bielefeld-)Ticket.**

## Mehr Bus, Straßenbahn und Bahn

Mobilität ist ein Grundrecht, und das Ziel linker Mobilitätspolitik ist ein ausgebauter ÖPNV mit einem Bürgerticket zum Nulltarif. Eine bessere Finanzierung, auch der Betriebskosten, durch die Landes- und Bundespolitik ist eine Voraussetzung, damit der ÖPNV deutlich, mit guten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten, ausgeweitet werden kann.

- **Ausbau des Stadtbahnsystems und des Busnetzes nach Sennestadt, Ummeln, Heepen, Jöllenbeck, Werther und eine Gellershagener Querverbindung der Linien**

3+4. Auf dem Jahnplatz und in der gesamten Innenstadt muss Platz für den Bau einer oberirdischen Stadtbahn als Option bestehen bleiben, da im Tunnel keine weiteren Linien zugelassen werden können.

- Barrierefreiheit in Bussen und Bahnen sollten auch vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft in Bielefeld selbstverständlich sein.

- Neubaugebiete für Wohnen und Gewerbe müssen vorzugsweise entlang bestehender ÖPNV-Angebote realisiert werden.

- Ausbau der Regionalzüge in die Region, mehr Komfort & Pünktlichkeit und Taktzeiten zum Umsteigen verbessern, Strecken und Haltepunkte ausbauen

- Ausbau des Stadtbahn- und Busnetzes über die Stadtgrenzen hinaus

- Mehr kostenfreie Park & Ride Plätze an Stadtbahnhaltestellen, auch als Parkhäuser oder Parkpaletten, um den Flächenverbrauch zu minimieren.

- Aufbau von Mobil-Stationen, auch in Kombination mit Park & Ride, in denen die unterschiedlichen Verkehrsträger gebündelt werden und der Wechsel zwischen den verschiedenen Systemen für den Fahrgast sicher und komfortabel erfolgen kann; Car-sharing, E-Roller und Leih-Räder sollen möglichst von öffentlichen Unternehmen angeboten werden.

## **Mehr Platz fürs Rad**

Das Fahrrad ist ein wesentlicher Bestandteil für die Verkehrswende. Vorbildliche Beispiele aus anderen Städten zeigen, dass mehr Menschen das Rad im Alltag benutzen, wenn es sicherere Radwege und eine attraktive Infrastruktur gibt.

**DIE LINKE unterstützt den Bielefelder Radentscheid, und entsprechend fordern wir:**

- **Mehr und sicherere Radwege mit ausreichender Breite und ohne Absenkungen. Bei stark befahrenen Straßen sind diese baulich getrennt vom KFZ- und Fußgängerverkehr oder als geschützter Radfahrstreifen zu errichten.**

- **Mehr Fahrradstraßen, insbesondere ohne Kfz-Durchgangsverkehr mit Vorfahrt gegenüber Seitenstraßen und mit guter Kennzeichnung**

- **Radschnellwege für Pendler aus Nachbarstädten und aus den Außenbezirken. Wir unterstützen den Bau des geplanten OWL Radschnellweges.**

- **Bessere Fahrradinfrastruktur: ausreichend dezentrale Fahrradabstellanlagen, abschließbare Abstellplätze an zentralen Plätzen und ÖPNV - Knotenpunkten, fahrradfreundlichere Ampeln, mehr Leihfahräder. Kurzfristiger Bau der Radstation/ Parkhaus am Haupt-Bahnhof**

- **Mehr Sicherheit durch bessere Radverkehrsanlagen an Kreuzungen, elektronische Abbiegeassistenzen an städtischen Bussen / LKWs**

Zur Umsetzung des Konzepts halten wir es für nötig, in der nächsten Wahlperiode jährlich mindestens 18,- € pro Einwohner\*in, in den Radverkehr zu investieren.

## **PKW, LKW, Straßenbau, Parken, Gehen**

Der Anteil von Fahrten mit PKW und LKW am Verkehrsaufkommen muss deutlich verringert werden. Ein Weiter - so, auch mit anderen Antriebsarten wie Elektromobilität, wird aus ökologischen und städtebaulichen Gründen nicht funktionieren. Hochgerechnet ist die Fläche aller innerstädtischen Parkplätze so groß wie der Bezirk Gadderbaum.

Die Sicherheit insbesondere für die „schwächeren“ Verkehrsteilnehmer ist uns ein großes Anliegen.



Darum fordert DIE LINKE:

- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in allen Wohngebieten.
- Mehr verkehrsberuhigte Zonen und Spielstraßen
- Erweiterung des autofreien Gebietes in der Bielefelder Innenstadt, insbesondere im Hufeisen in der Altstadt.
- Der Jahnplatz sollte autofrei sein, damit er seine Funktion für den ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr erfüllen kann.
- Lieferverkehre in der Innenstadt sollen reduziert werden und mit umweltfreundlichen Antriebsarten ausgeführt werden.

Auch in den städtischen Außenbezirken ist der Autoverkehr zu reduzieren.

Wir lehnen den zweispurigen Ausbau der Herforder- und Gütersloher Straße ab und sind gegen den Neubau auf der B66n Trasse und der L712.

Kommunale Fahrzeugflotten sollen von Verbrennungsmotoren auf klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden. Wo möglich, sollen Pkw durch Dienstfahräder ersetzt werden.

## **Carsharing Angebote stärker bewerben, attraktiver machen und ausweiten**

Digitale Mobilitätsplattform zur besseren Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger entwickeln. „Analoge“ Anwendungen sind dabei nicht zu verringern.

## **Gute und behindertengerechte Wege für Fußgänger**

Darüber hinaus stehen wir auch zur Senkung der Anliegergebühren für Straßenbau beiträge und fordern die Überarbeitung der Satzung entsprechend.

## **Braucht Bielefeld Flugverkehr?**

Die Pariser Klimaschutzziele sind nur durch weniger Flüge und nicht durch die Ausweitung des Angebotes zu erreichen. Wir brauchen einen Rückbau der Regionalf Flughäfen und weniger Flugkapazitäten. Eine Subventionierung des klimaschädlichen Flugverkehrs aus Steuergeldern lehnen wir ab.

Der Flugplatz Windelsbleiche muss aufgrund seiner Lage im Wasserschutzgebiet und aufgrund der Lärmbelästigung geschlossen werden.

# Energie: ökologisch, sozial & demokratisch

Zur Abwendung der Klimakatastrophe müssen wir konsequent die erneuerbaren Energien ausbauen. Der bundesweite Kohleausstieg soll bis spätestens 2030 erfolgen. Daher gilt es jetzt die Energiewende bei den Stadtwerken Bielefeld verstärkt voranzutreiben.

**DIE LINKE fordert:**

- **Flächen für Photovoltaik bei öffentlichen Gebäuden und privaten Immobilien nutzen**
- **Windkraftanlagen in regionaler Kooperation bauen**
- **Fern- und Nahwärmeversorgung ist mit effizienten, flexiblen Kraftwerken zu steigern**
- **Nutzung von 100% erneuerbarem Strom für öffentliche Verwaltung, städtische Einrichtungen und die Stadtbahn**
- **Heizungsenergie sparen: Mehr thermische Gebäudebestandssanierungen**

**und eine unabhängige Energieberatung für Bürger. Niedrigenergiestandard für neue öffentliche und private Gebäude, regenerative Wärmeversorgung (Wärmepumpen, Solarthermie, etc.) fördern und ggf. in Neubaugebieten vorschreiben.**

**Strom, Gas, Wasser –  
öffentlich und bezahlbar  
für alle!**

Energie muss für alle Menschen bezahlbar sein. DIE LINKE tritt auf Bundesebene für das Ende von Stromsperrern ein. Die Versorgung mit Wasser, Strom, Gas und Wärme gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht den Kräften des Marktes überlassen werden. Wichtige Akteure sind kommunale Stadtwerke und (Bürger\*innen-) Energiegenossenschaften.

## Natur schützen – die Lebensgrundlagen erhalten

Für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und im Interesse nachfolgender Generationen setzt sich DIE LINKE für Klima-, Boden-, Gewässer-, Naturschutz, Biodiversität, Artenvielfalt und die Sicherung unseres Grundwassers ein.

**Wald:** Die Bielefelder Waldflächen sind als Erholungsgebiete, Trinkwasserspeicher, für Klimaschutz und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu erhalten.

Eine nachhaltige Forstwirtschaft setzt auf standortangepasste Mischwälder, naturnah bewirtschaftet, bodenschonende Holzent-

nahme, ausreichend Totholz und Erhalt von besonders schützenswerten Bäumen. Eine Zertifizierung nach FSC bzw. Naturland sind anzustreben.

**DIE LINKE fordert:**

- **dass 10 Prozent des kommunalen Waldes als Naturwald ausgewiesen werden.**
- **nach wie vor die Einrichtung eines Nationalparks in der Senne und im Teutoburger Wald.**
- **die Wiedereinführung einer städtischen Baumschutzsatzung.**

**Ernährung:** Wir begrüßen die kritische Auseinandersetzung um Herstellung und Vermarktung von Lebensmitteln. In diesem Sinne gilt es die bäuerliche und ökologische Landwirtschaft und deren Direktvermarktung in unserer Region auszubauen.

DIE LINKE sieht dabei insbesondere folgende Ziele als wichtig an:

- Zugang zu gesunden Lebensmitteln für alle Menschen
- die Verbesserung von Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas, Kindergärten und sozialen Einrichtungen mit regionaler Verpflegung, frisch zubereitet und zu fairen Preisen.
- Stärkung des Wissens und Bewusstseins – besonders im Kindheits- und Jugendalter – für gesunde, umweltfreundlich produzierte regionale Ernährung.
- Unterstützung des Bielefelder Ernährungsrats sowie der Initiativen für eine „Solidarische Landwirtschaft“.

**Agrarpolitik:** Ziel sollte es sein, dass Agrarflächen im Besitz der Stadt Bielefeld ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden. Von der Stadt Bielefeld selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten- und Wildschutzraum umgestaltet werden.

DIE LINKE erwartet, dass die Kommune Projekte der solidarischen Landwirtschaft unterstützt. Hierbei werden die Lebensmittel in einem eigenen, durchschaubaren Wirtschaftskreislauf, der von den Verbraucher\*innen mit organisiert und finanziert wird. Solidarische Landwirtschaft kooperiert mit der bäuerlichen Landwirtschaft, stellt regionale Lebensmittel zur Verfügung und ermöglicht Menschen einen neuen Erfahrungs- und Bildungsraum.

## **Tier- und Artenschutz**

- Der Bielefelder Tierpark Olderdissen ist als offen zugängliche Einrichtung zu erhalten. Dabei ist auf artgerechte Tierhaltung zu achten.
- Zirkusgastspiele mit Tieren sowie Reptilienbörsen sollen nicht genehmigt werden.
- Die Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten sollen gefördert sowie konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt entwickelt werden.
- Die biologische Vielfalt in den Parkanlagen und Grünzügen im Stadtgebiet ist mit der Biodiversitätsstrategie konsequent umzusetzen.
- Für das Bielefelder Tierheim sollen die Finanzmittel bedarfsorientiert erhöht werden.

**Wasserschutz:** DIE LINKE hält eine Verpflichtung zur Dichtigkeitsprüfung von Abwasserrohren nach wie vor im Sinne eines konsequenten Grundwasserschutzes für richtig. Die EU-Wasserrichtlinien sind einzuhalten.

## **Abfallwirtschaft**

- Bielefeld sollte auch im Bereich Abfall eine Vorreiterrolle übernehmen und besondere Anreize schaffen, um Abfall zu vermeiden; Repaircafés und Tauschbörsen sollen gefördert werden.
- Müllverbrennung sehen wir als Übergangslösung zur optimalen Nutzung der Fernwärmekapazitäten an. Priorität hat für uns die Müllvermeidung und Wiederverwertung. Der Bau einer kommunalen Klärschlammverbrennungsanlage wird unterstützt.

# Armut bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen

Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet und damit die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter vertieft. Armut ist entgegen der herrschenden Propaganda keineswegs selbst verschuldet. Ihre Ursache liegt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das heute besonders durch die zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet.

● Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen, ist menschenwürdig, sanktionsfrei und nicht-repressiv. Denn unter dem Hartz-IV-Regime fehlt schlichtweg das Geld für sämtliche Lebensbedürfnisse, die für die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind.

● Wir setzen auf einen wertschätzenden Umgang mit Erwerbslosen, Erwerbsgeminderten und Nicht-mehr-Erwerbstätigen und auf eine alternative, begünstigende, an Menschenrechten orientierte Entscheidungspraxis in den Jobcentern und Sozialämtern.

● Wir brauchen eine Arbeitsmarktpolitik, die in tarifgebundene öffentliche Beschäftigung investiert und sich am Wohl der Menschen orientiert.

## Armut durch Hartz IV und Sozialhilfe

Hohe Erwerbslosigkeit, niedrige Hartz IV- und Sozialhilfeleistungen und die ständige Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse führen zu Verarmungsprozessen in den Kommunen. In einigen Wohngebieten in Bielefeld leben inzwischen mehr als 35 % der Menschen von Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung bei Erwerbsminderung und

im Alter. Besonders betroffen sind allein-erziehende Frauen, Langzeiterwerbslose, Rentner\*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wächst mit steigender Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut. So lebt in einzelnen Stadtbezirken inzwischen die Hälfte aller Kinder in Armut.

Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von den Hartz-Gesetzen und der Agenda-Politik geprägt, die 2004 von der Bundesregierung aus SPD und Grünen eingeführt wurde. Mit Hartz IV wurde nicht nur eine repressive Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Die Zusammenlegung der bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe führte bundesweit für Millionen zu einer dramatischen Absenkung ihres Einkommens. Eines der wesentlichen Ziele dieser Politik bestand darin, durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes massenhaft unsichere Arbeitsverhältnisse und Billiglöhne durchzusetzen, um damit die Lohnkosten massiv zu senken und dadurch Gewinne der Unternehmen in einem fast schon obszönen Ausmaß zu steigern. Ein Viertel aller Hartz-IV-beziehenden Menschen besteht aus denjenigen, die aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht ausreicht.

Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute für viele nicht zum Ausstieg aus der Armut. Für mehr als der Hälfte, die den Hartz-IV-Bezug verlassen, ist eine Arbeitsaufnahme mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden. Dies führt zu künftigen Rentenhöhen, die trotz oft jahrzehntelanger Arbeit nicht mehr existenzsichernd sind. Daran ändert auch die jüngst eingeführte Grundrente kaum etwas.

**Deshalb unterstützen wir auf kommunaler Ebene folgende bundespolitische Forderungen:**

● **sofortige Erhöhung des Regelsatzes bei Hartz-IV und Grundsicherung auf 582 EUR und die baldige Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 €, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet.**

● **die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblichen Verletzungen der Mitwirkungspflichten und die Abschaffung von Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr.**

● **die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten statt der bisherigen generellen Einkommensanrechnung in Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften.**

● **die Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 €/Stunde.**

### **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

Das Hartz-IV-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene gibt es aber wichtige Entscheidungsspielräume, insbesondere bei der Festlegung der Richtwerte für Wohnkosten und der Höhe der Einmalleistungen; darüber hinaus gibt es zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken und eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Sozialberatungsstellen zu. Sie informieren im Einzelfall über rechtlich vorgesehene Leistungsansprüche und unterstützen bei ihrer Durchsetzung, wehren ungerechtfertigte repressive Maßnahmen ab und decken Missstände bei den Ämtern auf, die dann politisch bekämpft werden können. Daher wollen wir ein breites Angebot von Sozialberatung auf kommunaler Ebene einrichten und dauerhaft finanzieren.

### **Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene: Existenzielle Grundlagen sicherstellen**

● Die Richtwerte für Wohnkosten sollen dem Mittelwert der örtlichen Vergleichsmieten entsprechen und jährlich an die gestiegenen Mieten angepasst werden.

● Die Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder sollen unter Wahrung des Datenschutzes als Geldleistung an die Eltern ausbezahlt werden statt an Vereine.

● Sozialticketpreis senken.

● Das Sozialberatungsangebot soll ausgeweitet und die Finanzierung dauerhaft sichergestellt werden.

### **Umsetzungspraxis in den Behörden verbessern:**

● Die Behörden müssen ihren Informationspflichten nachkommen und über Leistungsansprüche und weitere Rechte sachgerecht aufklären.

● Die Sachbearbeiter sollen zeitnah telefonisch erreichbar sein, eine anonyme Hotline ist keine Lösung.

● Die Behörden sollen die tatsächlichen Gründe für fehlende Mitwirkung ermitteln, statt Sanktionen auszusprechen.

### **Tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Arbeit fördern:**

● Die Vermittlung muss nachhaltig in tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Arbeit erfolgen statt in Leiharbeit, befristete Stellen und andere prekäre Beschäftigung.

● Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs sowie prekäre Beschäftigung in allen ihren Formen sind einzustellen.

● Keine Rückforderung von überzahlten Leistungen, wenn bei Arbeitsaufnahme die erste Lohnzahlung erst am Monatsende oder im Folgemonat erfolgt.

### **Berufliche Bildung und Qualifikationen fördern:**

● Qualifizierte berufliche Bildung und Weiterbildung ermöglichen, die den Berufswünschen Rechnung trägt, statt sinnloser „Aktivierungsmaßnahmen“

# Gute Arbeit in Bielefeld

## Für eine fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Der neoliberale Umgang mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel hat die Stellung der Lohnabhängigen am Arbeitsmarkt verschlechtert: Befristungen, Leiharbeit, Betriebe ohne Tarifbindung und Bedrohung der Existenz durch die Hartz-Gesetze haben die Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten massiv verringert. Das muss rückgängig gemacht werden; die Stadt kann dazu beitragen: Als Arbeitgeber und als Auftraggeber.

Der Arbeitgeber Stadt Bielefeld muss Arbeitsplätze schaffen, die unbefristet, tarifgebunden, gerecht und armutssicher, sozialversicherungspflichtig und familiengerecht sind.

Als Auftraggeber muss die Stadt ebenfalls auf den Arbeitsmarkt einwirken: Denn obwohl der Arbeitsmarkt brummt und die Arbeitslosenquote niedrig ist, ist nicht jeder Arbeitsplatz auch ein guter Arbeitsplatz. Die Zahl der Beschäftigten in unsicheren Arbeitsverhältnissen hat erheblich zugenommen: In Bielefeld arbeiten rund 16.900 Vollzeit-Beschäftigte zum Niedriglohn. Beschäftigung in Leiharbeit, Teilzeit oder Mini-Jobs sind für viele an der Tagesordnung: 2017 waren 48,5% aller der Arbeitsagentur gemeldeten Stellen Leiharbeit. Der Mindestlohn wird oft unterlaufen. Aber auch normale Arbeitnehmer arbeiten oft in tariflosen Betrieben ohne Betriebsrat. Sie klagen über hohe Arbeitsbelastung, Leistungsdruck, Stress und Überstunden.

Daher hat die Stadt auch als Auftraggeber Verantwortung und eine Leitfunktion für die Beschäftigung in Bielefeld.

Wir fordern daher:

- die Wirtschaftsförderung so auszurichten, dass gute Arbeitsplätze mit Tarifverträgen sowie Betriebs- und Personalräten gesichert oder neu angesiedelt werden.
- öffentliche Aufträge an Unternehmen mit Tarifbindung und Mitbestimmung zu vergeben. Dieser Grundsatz ist auch in Betrieben umzusetzen, in denen die Kommune Mehrheitsanteilseigner ist.
- dass die Stadt Bielefeld sich verpflichtet, die Tarifsteigerungen der freien Träger in tatsächlicher Höhe zu refinanzieren und die Leistungsverträge so zu gestalten, das hochwertige Arbeitsbedingungen gewährleistet werden können.
- Leistungsverträge nur mit freien Trägern abzuschließen, die in dem betreffenden Bereich den TVÖD oder vergleichbare Tarife anwenden.
- in den Leistungsverträgen außerordentliche Kündigungstatbestände und Vertragsstrafen zu vereinbaren, wenn Verstöße gegen das Mindestlohngesetz, Arbeitszeitgesetz oder Behinderung von Betriebsratsarbeit festgestellt werden.
- sowohl in der Kommune als auch in den Betrieben, in denen sie Mehrheitsanteilseigner ist, auf sachgrundlose Beschäftigung zu verzichten, ungewollte Teilzeitbeschäftigung abzubauen.
- familienfreundliche Arbeitsstrukturen auszubauen
- mehr Personal einzustellen statt überproportional Überstunden anzuordnen
- ein Privatisierungsverbot, stattdessen Re-Kommunalisierung von ehemaligen städtischen Betrieben und Dienstleistungen



# Wo Gesundheit zur Ware geworden ist, gehört öffentliche Daseinsvorsorge zur Pflicht

Seit vielen Jahren wird das bundesweite Gesundheitssystem marktradikal umgebaut und erlebt einen ständig wachsenden Kosten- und Leistungsdruck. Das trifft auch uns in Bielefeld, als Patient\*innen, Angehörige und besonders auch als Beschäftigte in Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Die Gewährleistung einer umfangreichen Gesundheitsversorgung braucht politisches Handeln, auch auf kommunalpolitischer Ebene.

Unser Gesundheitssystem braucht eine grundsätzliche Überarbeitung mit einer Perspektive, bei der die Bedürfnisse der Menschen wieder in den Mittelpunkt rücken. Wir erwarten von den politischen Kräften auf kommunaler Ebene, dass sie nicht müde werden dies bei Landes- und Bundespolitik deutlich einzufordern.

## Für eine „gesunde“ Stadtentwicklung

DIE LINKE erwartet, dass die hausärztliche, die kinderärztliche und die zahnärztliche Versorgung in den Stadtteilen und Wohnquartieren gewährleistet bleibt. Im Rahmen einer sozialen Stadtentwicklung muss dies schon in der Planungsphase von Wohnquartieren bedacht werden. Wir unterstützen die Weiterentwicklung von Medizinischen Zentren besonders abseits der Stadtmitte. Diese sollten mit sozialen Beratungseinheiten für den wachsenden Bedarf an Pflege- und der Begleitungsangeboten der alternen Bevölkerung angereichert werden.

Die Corona- Pandemie zeigt, wie lebenswichtig eine gesicherte Gesundheitsvorsorge ist.

Eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung setzt voraus, dass die Stadt die Planung der ärztlichen Versorgung nicht allein den kassenärztlichen Vereinigungen überlässt. Politik muss für die bedarfsorientierte fachärztliche Versorgung, besonders auch für den Notfall, Verantwortung zeigen.

Als Kommunalpolitiker\*innen wissen wir um den Mangel an Hebammen in der Geburtshilfe und in der anschließenden Nachbetreuung der Mütter. Ein Problem, das durch eine öffentlichen Ausbildung in Bielefeld gemindert werden kann.

Wir stehen vor Ort auch vor der Aufgabe, der wachsenden alternden Bevölkerung ein gesichertes Lebensumfeld mit ausreichend qualifizierter Gesundheitseinrichtungen zu bieten. Dies muss den aktuellen Mangel an Kurzzeitpflegeplätzen, besonders auch zur Entlastung der häuslichen Pflege und nach dem Krankenhausaufenthalt, berücksichtigen. Eine stadtteilnahe Angebotsstruktur braucht neben der ärztlichen Versorgung auch niedrigschwellige Angebote wie Besuchs- und Begleitdienste. Die wirklichen Bedarfe mit Gesundheitsangeboten müssen aktuell erfasst und quartiersnah ausgebaut werden.

## **DIE LINKE steht für die Sicherung und Ausweitung öffentlich geführter Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.**

Vom wirtschaftlichen Druck sind auch die Kliniken in Bielefeld betroffen. Nach mehr als 15 Jahren Leistungsabrechnung nach den marktorientierten Fallpauschalen hat sich die Arbeitsverdichtung für Ärzte und Pflegepersonal bedrohlich, bis hin zum Personalnotstand, zugespitzt. Zunehmend ge-

hen überlastete qualifizierte Kräfte in Teilzeit oder verlassen das Gesundheitswesen und wechseln in entschleunigte Arbeitsfelder.

Die 2019/2020 vom Gesundheitsministerium eingeleiteten Veränderungen sollten die Personalentwicklung im Krankenhaus fördern. Noch stehen sie auf „wackeligen Füßen“, und an dieser Stelle hat auch die örtliche Kommunalpolitik die Pflicht die Entwicklung der Krankenhäuser in ihrer Stadt unterstützend zu begleiten.

Die Erkenntnisse aus der Corona- Pandemie müssen in die aktuelle Krankenhausplanung NRW einfließen.

Wir fordern entsprechend Transparenz und Bürgerbeteiligung im Rahmen dieser aktuellen Planung, damit die Versorgung in Stadt und Region über fachgerechte Behandlungsstandards und am Patienten orientierte Anzahl der Krankenhausbetten gesichert wird.

**Pflege in Not:** Immer wiederkehrende sogenannte Gesundheitsreformen haben viele Lücken hinterlassen und den Leistungsdruck für die Einrichtungen und ihr Personal erhöht. So fehlt es immer noch an vergleichbaren tariflichen Arbeits- und Pflegebedingungen in den vielen, überwiegend privaten Altenpflegeeinrichtungen.

Die wachsenden privaten Leistungsanbieter verdienen offensichtlich gut an der „professionellen“ Pflege, sparen an Sachmitteln, wo sie nur können und hinterlassen viele Fragen rund um die skandalösen Fälle in der Altenpflege, die nur selten öffentlich werden.

Die Krise um Covid-19 hat uns einen punktuell erschreckenden Einblick in die Sparpolitik der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen gegeben. Wir erwarten, dass aus dem lebensbedrohlichen Mangel an Schutzausrüstung und Medikamenten Konsequenzen gezogen werden. Im Rahmen der Pandemie und der verhängten Kontaktsperre konnten wir wieder erkennen, welche große Leistung in der häuslichen Pflege erbracht wird und wie ein Versorgungssystem

zusammenbricht, wenn externe Hilfe (auch „illegale“) ausfällt. Auch hier muss örtliche Politik in Verantwortung gehen.

Auf dem Weg zu einem solidarischen und transparenten Gesundheitssystem.

DIE LINKE hat weitgehende Vorstellungen zur Gesundheitspolitik, die derzeit noch geprägt ist von einem Klassensystem, in dem es an vielem fehlt:

● **Eine wichtiger Schritt zur Veränderung ist die lang diskutierte Bürgerversicherung, in die alle Mitbürger einzahlen, welche aber der großen Koalition geopfert wurde.**

● **Dringend muss das Gesetz zur Krankenhausfinanzierung vom Druck des Marktes befreit und entsprechend eine Alternative zur Abrechnung nach Fallpauschalen erarbeitet werden.**

● **Wir fordern von den Vertreter\*innen der Kommunalen Gesundheitskonferenz in Bielefeld Transparenz über ihre Arbeit. Aktuell erwarten wir im Rahmen der aktuellen Krankenhausplanung NRW dringend einen öffentlichen und beteiligungsorientierten Prozess der Krankenhausplanung für unsere Region.**

● **DIE LINKE steht zu den zwei Säulen der Krankenhausfinanzierung und erwartet, dass die Finanzierung von baulichen Investitionen aus öffentlichen Mitteln auch im Landeshaushalt NRW wieder gesichert wird. Dieses Vorgehen würde die Krankenhäuser bei den baulichen Investitionen erkennbar entlasten.**

● **Die politisch Verantwortlichen im Rat unserer Stadt verweisen in Sachen Gesundheit immer wieder gern auf Bundes- und Landespolitik, kritisieren aber zum Beispiel die fehlende Verantwortung des Landes NRW für die baulichen Investitionen in unseren Krankenhäusern nicht.**

● **Das Thema Gesundheit ist komplex und differenziert zu betrachten, und**

dazu braucht es auch in der Kommunalpolitik und -Verwaltung ausreichende Personalkompetenz.

● **DIE LINKE** fordert in diesem Zusammenhang den personellen Ausbau der kommunalen Gesundheitsverwaltung, um Notfallorganisation, Aufsicht, Kontrolle und transparente Gesundheitsberichte in unserer Stadt zu sichern.

## Öffentliche Daseinsvorsorge ist mehr!

DIE LINKE steht für einen Systemwechsel im Gesundheitswesen, für eine bedarfsgerechte Versorgung, in der qualifizierte Medizin und zugewandte Pflege gesichert sind. Schluss mit den Fallpauschalen zur Leistungsabrechnung im Krankenhaus!



# Eine Stadt für alle Generationen und ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben im Alter

Jede\*r vierte Bielefelder\*in ist schon heute älter als 60 Jahre. 2035 wird es jede\*r Dritte sein. Eine hohe Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Dafür müssen die räumlichen Rahmenbedingungen für eine älter werdende Bevölkerung bedarfsgerecht ausgestaltet werden, um die Älteren zu motivieren, sich aktiv an der Gestaltung ihres Umfeldes zu beteiligen. Sie sollten die Chance erhalten, ihre Kenntnisse weiterhin zum Nutzen des Gemeinwesens einbringen zu können.

Wir brauchen deshalb in Bielefeld demografische Konzepte, die

- der Trennung der Generationen entgegenwirken,
- den Senior\*innen die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben weiter ermöglichen,
- eine eigenständige Lebensgestaltung bis ins hohe Alter gewährleisten.

Die Altersarmut nimmt auch in Bielefeld in einem erschreckenden Ausmaß zu. Leider beantragen viele ältere Menschen aus Scham oder Unwissenheit nicht die ihnen zustehende Grundsicherung im Alter. Deshalb muss seitens der Verwaltung alles unternommen werden, sie über ihre Rechte aufzuklären und ihnen vor Ort zu helfen, die notwendigen Anträge zu stellen. Dabei könnte der Ausbau aufsuchender Sozialarbeit helfen.

## **DIE LINKE fordert:**

- **Ausweitung der Quartierssozialarbeit auf alle Stadtteile, Fortsetzung der erfolgreich verlaufenen Projekte.**
- **Mobile Seniorenarbeit mit niedrigschwelligen Angeboten für alle Stadtteile entwickeln.**
- **Rücknahme der Kürzungen von Öffnungszeiten in Bürgerberatungen.**
- **Ambulante, insbesondere hausärztliche Versorgung, wohnortnah sichern.**
- **Einrichtung öffentlicher, barrierefreier Toiletten an zentralen Orten der Innenstadt, den Zentren der Stadtbezirke und den Endhaltestellen der Straßenbahnen.**
- **Altersgerechte und barrierefreie bezahlbare Wohnungen als städtisches Wohneigentum auf ehemaligem Kasernengelände schaffen.**
- **Förderung von bezahlbaren Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften und von Mehrgenerationenhäusern.**
- **Unterstützung von Netzwerken der organisierten Selbsthilfe von Älteren für Ältere.**
- **Unterstützung und Ausbau des „Bielefelder Modells selbstbestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit“.**
- **Förderung der Mobilität durch gut ausgebauten ÖPNV, Einsatz von mehr Bürgerbussen.**
- **Barrierefreiheit auf allen Fußwegen, gute Ausleuchtung von Wegen zur Vermeidung von Angst.**
- **Flächendeckende niedrigschwellige und bedarfsgerechte Nahversorgungsangebote unterstützen.**

# Eine gerechte Zukunft für Kinder und Jugendliche in Bielefeld!

Kindheit und Jugend sind die wichtigsten Phasen in der Entwicklung eines Menschen. Hier werden die Weichen für die spätere Lebenswelt gestellt. Umso wichtiger ist es allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen zu gewährleisten, damit jede\*r seine/ihre Talente frei entfalten kann. Nicht nur für die Kinder und ihre Familien sind Ausgrenzung und Benachteiligung eine Belastung, auch die Gesellschaft profitiert von Chancengleichheit und der bedarfsgerechten Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Die Stadt Bielefeld trägt eine Verantwortung diese Chancengleichheit herzustellen. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist dabei der Schlüssel für eine gerechte Zukunft für alle Kinder und Jugendliche.

## **Kitas ausbauen, Erzieherberuf aufwerten, Teilhabe sichern!**

Die Kita stellt die erste Stufe der frühkindlichen Bildung dar. Umso wichtiger ist eine gut ausgebaute und ausgestattete Kitalandchaft mit einer vielfältigen Trägerschaft zu haben. Dabei setzt DIE LINKE sich vor allem für einen Ausbau der städtischen Kitas ein. Für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es wichtig flexible Betreuungszeiten anzubieten, das 25, 35 und 45 Stundenmodell gerät dabei an seine Grenzen. Eine 24-h-Kita lehnen wir hingegen ab! Auch der Ausbau von Plätzen für unter 3-jährige Kinder geht nur schleppend voran, was durch eine gestiegene Geburtenrate und Zuwanderung weiter verschärft wird. Hinzu kommt der Mangel an Erzieher\*innen, auch hier kann die Stadt eingreifen und eine Ausbildungsoffensive starten.

## **DIE LINKE fordert:**

- **Kitaplätze dort ausreichend anbieten, wo sie nachgefragt werden**
- **Den Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren (U3), insbesondere in städtischen Kitas, stärker vorantreiben**
- **Städtische Kitaträgerschaft ausbauen**
- **Der Zwang zur Buchung einer bestimmten Betreuungsstundenzahl muss weg, stattdessen brauchen wir ein flexibles Buchungssystem**
- **Verzicht auf Leiharbeit und sachgrundlose Befristung sowie tarifliche Bezahlung zur Pflicht für die Kitavergabe machen**
- **Komplette Abschaffung der Kitagebühren**
- **Ausbildungsoffensive für Erzieher\*innen ins Leben rufen**
- **Gerechte Bezahlung von Tagespflegepersonen; angelehnt am TVÖD**
- **Kita-Neubau durch kommunale Bau-träger fördern**

## **Soziale und kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen!**

Kinder und Jugendliche müssen auch dann am soziokulturellen Leben in der Stadt teilhaben können, wenn sie keine Arbeit oder Ausbildung haben oder ihre Familie unter die Armutsgrenze fällt. Teilhabe darf keine Frage des Geldbeutels sein, sondern muss allen gleichermaßen zustehen. Die Stadt Bielefeld muss allen Kindern und Jugendlichen Teilhabe am soziokulturellen Leben in der Stadt gewähren. Die öffentlichen Einrichtungen wie die Musik- und Kunstschule und die Stadtbibliothek spielen dabei eine große Rolle. Ihre Angebote müssen ausgebaut und die Preise gesenkt werden.

## **DIE LINKE fordert:**

- **Ein kostenloses und gesundes Mittagessen in allen Kitas und Schulen**
- **Ein kostenloses Schüler\*innen und Auszubildendenticket**
- **Freier Eintritt in öffentliche Bäder, Museen, Theater und kostenlosen Vereinssport für Inhaber\*innen des Bielefeld Pass ermöglichen**
- **Mehr beitragsfreie Angebote in Kultur, Bildung, Freizeit und Sport auflegen**
- **Kostenlose ganztägige Freizeitangebote der Stadt in den Ferien und darüber hinaus**
- **Nutzung von Sportplätzen/Hallen; unabhängig von der Vereinszugehörigkeit. Wir sind gegen eine Einzäunung von öffentlichen Plätzen**

## **Freizeitangebote:**

### **Nichtkommerziell und Wohnortnah!**

In Bielefeld herrscht Mangel an kommunalen, nichtkommerziellen Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Die Stadt hat sich in den letzten Jahren fast vollständig aus der Verantwortung in diesem Bereich zurückgezogen, ein kommunales Jugendzentrum sucht man in Bielefeld vergeblich. Die Stadt muss ihrer Verantwortung wieder nachkommen und ausreichend kommunale Jugendzentren eröffnen sowie nichtkommerzielle Angebote fördern.

## **DIE LINKE fordert:**

- **Kommunale Jugend- und Freizeitzentren in jedem Stadtteil**
- **Besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten Stadtteilen**
- **Selbstverwaltete Räume sollen stärker gefördert werden, entsprechende Angebote sollen ausreichend mit Sach- und Personalkosten ausgestattet werden, mit mehr Struktur- und weniger Projektförderung**

## **Vorbeugende Hilfen für Stadtbezirke**

Für Stadtteile mit niedrigem Durchschnittseinkommen muss die Jugendhilfe Pläne entwickeln, mit denen Vorsorge gegenüber

den dort häufigeren gesundheitlichen Gefährdungen, sprachlichen Defiziten und Betreuungsproblemen gewährleistet wird. Die Maßnahmen sollen regelmäßig überprüft, evaluiert und angepasst werden.

## **DIE LINKE fordert:**

- **Erhalt und Ausbau der Beratungsstellen der „frühen Hilfen“**
  - **Erhalt und Ausbau von Streetwork und der mobilen Jugendarbeit**
- ### **Jugend und Demokratie: Partizipation und Demokratie stärken!**

Der Mythos der unpolitischen Jugend ist nicht erst seit Fridays For Future widerlegt. Jugendliche haben ein großes Interesse an Politik, dort vor allem an Themen, die sie direkt betreffen. Sie engagieren sich oft in Vereinen, Initiativen und NGOs, gehen für ihre Themen auf die Straßen und sind gut informiert. Eine Skepsis gegenüber Politiker\*innen und Parteien bleibt jedoch bestehen. Als LINKE wollen wir die demokratischen Rechte und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am politischen Leben in der Stadt Bielefeld ausbauen und stärken. Kinder und Jugendliche wollen wir an das demokratische Leben heranführen. Für uns ist klar: Demokratie lernt man am besten durch eine demokratische Praxis im Alltag.

## **Die Linke fordert:**

- **Die Schaffung eines Kinder- und Jugendrates in der Stadt Bielefeld, mit Antrags- und Beratungsrecht**
- **Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen bei Themen, die sie betreffen, ausbauen**
- **Die Förderung von Diskussionsformaten von „Politik“ und Jugend**
- **Einrichtung von Kinder- und Jugendbudgets in jedem Stadtteil, über das die dort lebenden Kinder und Jugendlichen autonom bestimmen können**
- **Das Wahlalter bei Kommunalwahlen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden soll nach unseren Vorstellungen auf 14 Jahren gesenkt werden.**

# Gute Bildung für Alle

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie soll Menschen in die Lage versetzen, als Individuen und gemeinsam mit anderen ein freies, sozial verantwortliches und selbstbestimmtes Leben zu führen und die gesellschaftliche Entwicklung aktiv mitzugestalten. Eine solche emanzipatorische Bildung erfordert Selbstbestimmung der Lernenden, fördert Kreativität, Kritik – und Handlungsfähigkeit, Solidarität und historisch-politisches Bewusstsein. Bildung verstehen wir als ganzheitlichen Entwicklungsprozess und ist nicht auf den ökonomisch verwertbaren Wissenserwerb beschränkt.

Bildung entscheidet – auch darüber, ob alle Kinder die Chance haben sich persönlich zu entwickeln, ihr Leben selbständig zu gestalten und an unserer Gesellschaft erfolgreich teilzunehmen und sie mitzugestalten. Die soziale Herkunft jedoch bestimmt viel mehr als anderswo den Bildungserfolg.

Das Bildungssystem verstärkt die soziale Ausgrenzung, statt zu integrieren, Bildungsprivilegien der oberen Klassen werden zementiert. In Deutschland ist die frühe Selektion nach der Grundschule der Hauptgrund für die Benachteiligung einer Vielzahl von Kindern: Besonderes trifft dies materiell arme Kinder, Kinder aus Einwandererfamilien, Kinder mit Förderbedarf, Kinder von Alleinerziehenden und solche aus kinderreichen Familien.

## Armut als Bildungshemmnis

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass die Armut der Schüler\*innen ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan

werden. Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert DIE LINKE „eine Schule für ALLE als Ganztagschule“. Das gegliederte Schulsystem wollen wir abschaffen. Forscher\*innen und Studien zeigen regelmäßig auf, wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

### **Daraus folgt: Bildung muss gebührenfrei sein.**

- In unserer Stadt darf der Bildungserfolg unserer Kinder nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen.

- Wir wollen inklusive Bildung als Grundrecht durchsetzen

### **Dringend notwendig sind daher:**

Der schrittweise Umbau des Schulsystems zu „Einer Schule für alle“

- Schrittweise müssen „Schulen für Alle“ in Gestalt von Stadtteil- und Ganztagschulen eingerichtet werden. International hat sich die „inklusive Beschulung“ als beste Möglichkeit für die angestrebte Entkopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg bewährt.

- Damit alle optimal gefördert werden können, müssen schon heute die dazu notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu gehört, dass Lehrer\*innen fachlich ausgewiesene Unterstützung von Kolleg\*innen mit förderpädagogischen Kompetenzen erhalten. Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden inklusiv arbeiten zu können.

- Durch die Stadtteilschulen kann auch der Schultourismus in der Primarstufe tendenziell aufgehoben werden und Schulbezirke wieder eingeführt werden, ohne die die soziale Spaltung verstärkt wird und die Bildungschancen aller Kinder deutlich geschwächt werden.

Verbesserte Materielle und personelle Ausstattung der Schulen

Für Grundschulen muss ein gebührenfreies Ganztagsangebot von 100% gewährleistet werden. (derzeit 75%) Insbesondere für berufstätige Eltern ist ein qualitativ hochwertiges und attraktives Ganztagsangebot wichtig. Fast 58% unserer Kinder nutzen die Ganztagsbetreuung. Die Anfragen und Auslastungen sind jedoch unterschiedlich. Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen nutzen das Angebot deutlich geringer als die aus wohlhabenden Familien. Zeitgleich gibt es in einigen Stadtbezirken lange Wartelisten. Gute Ganztagsbetreuung setzt aber auch gute Arbeitsbedingungen für die Erzieher\*innen voraus, deshalb legen wir besonderen Wert auf tarifgerechte Bezahlung und Entlohnung.

- Dabei sind einheitliche Standards in der OGS-Betreuung vorzusehen.

- Solange ein Ganztagsangebot von 100% noch nicht vorhanden ist, müssen insbesondere Kinder aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Verhältnissen sowie doppelt berufstätige Eltern bei der Vergabe von Ganztagsplätzen vorrangig berücksichtigt werden.

Schulentwicklungsplanung hat in Bielefeld in den letzten Jahren immer nur anlassbezogen und damit eher nicht stattgefunden. Dies führte zu einem eklatanten Mangel an Klassen – und Fachräumen im Primar- und Sekundarstufen-I-Bereich. (Sowohl in der Primarstufe wie in der Sekundarstufe I werden 1750 bzw. 2300 Schüler\*innen bis Schuljahr 2028/29 mehr erwartet und benötigten Schul- und Fachräume.)

- Trotz dieses selbst verschuldeten Mangels fordert DIE LINKE Bielefeld zusätzlich deutlich kleinere Klassen (v.a. in Stadtteilen mit hoher sozialer Benachteiligung) und damit mehr und schnellere Investition kommunaler Gelder in den Aus- und Neubau von Schulen.

- Ein Verkauf von Schulgebäuden darf nicht mehr geschehen.

- Gesamt – und Sekundarschulen dürfen nicht mit der Bewältigung von Inklusion und Integration allein gelassen werden. Die Entwicklung zu einem Angebot von Gymnasien und „Restschulen“ widerspricht der Forderung nach optimaler Förderung für Alle.

- Die Entwicklung unserer Schullandschaft prägt wesentlich unsere Lebenswelt. Die Planungen müssen daher öffentlich sein und unter Beteiligung der Betroffenen gestaltet werden.

## Digitalisierung

Der Ausbau einer digitalen Infrastruktur der Schulen steht erst am Beginn. Veralterte Technik, fehlende Wartung, der Mangel an Fachpersonal sowie instabile und langsame Netzwerke erschweren die durch digitale Medien mögliche Unterstützung der Schüler\*innen beim Lernen. Auch der Erwerb notwendiger Medienkompetenz wird beeinträchtigt. Auch in diesem Bereich benötigen alle Schulen mehr materielle und personelle Ressourcen durch die Kommune. Alle Kinder sollen erfolgreich an Bildung teilhaben können.

**Darum fordert DIE LINKE Bielefeld über das bisher Gesagte hinaus:**

- **Mehr Sprachförderangebote – auch für Eltern, durch enge Vernetzung mit anderen sozialen und kulturellen Einrichtungen im Stadtteil. Dies gilt insbesondere auch für Neubürger.**

- **Kommunen müssen einen Materialfonds für Schüler\*innen aus finanzschwachem Umfeld auflegen. Diese Aufgabe darf nicht privaten „Wohltätern“ allein überlassen werden.**



## Betriebliche Aus- und Weiterbildung dringend ausbauen

Jugendliche brauchen eine berufliche Zukunft und Betriebe zukunftsorientierte Fachkräfte

Laut Lernreport 2018 war 2016 bei den Erwachsenen über 25 Jahren jeder Achte und bei den unter 25-Jährigen jeder Zehnte von Unterbeschäftigung betroffen. Laut einer repräsentativen Studie von Infratest befindet sich ein Drittel der jungen Menschen in

befristeten Arbeitsverhältnissen. Das kann keine Perspektive für Jugendliche sein, weder in Bielefeld noch anderswo.

**Darum fordert DIE LINKE:**

- **Aufträge der Stadt und der städtischen Betriebe sollen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die ausbilden.**
- **Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltungen mit Übernahmegarantie.**

# Kulturelles Leben für alle Menschen

In Deutschland und im deutschsprachigen Raum besteht eine in der Welt einmalige Kulturlandschaft. Hier gibt es z.B. die Hälfte aller weltweit bestehenden ständig bespielten Opernhäuser. Die dezentrale Entwicklung Deutschlands und die lange bestehende Kleinstaaterei hatte aus kulturpolitischer Sicht große Vorteile: Überall in Deutschland und nicht nur in den Metropolen hat die deutsche Bevölkerung Theater und Museen in der Nähe. Es hat sich eine dichte Musikkultur entwickelt, die u. a. ein Netz qualifizierter öffentlicher Musik- und Kunstschulen hervorgebracht hat. Die Arbeiterbewegung hat maßgeblich dafür gesorgt, dass auch Erwachsene Zugang zur Allgemeinbildung bekamen und seit der Weimarer Republik den Aufbau von Volkshochschulen vorangetrieben. Auch das öffentliche Bibliothekswesen hat dazu beigetragen, dass der Zugang zu Büchern nicht ein Privileg der besitzenden Klassen blieb. Durch die Ausweitung des Kulturbegriffs und die Einrichtung von Kulturämtern, die über die klassischen Institutionen hinaus kulturfördernd arbeiten, wurde auch Raum für neue und zunächst nicht allgemein akzeptierte Kunstformen geschaffen.

Die Künste verbinden sinnlich-unmittelbares Vergnügen mit Reflexion. Hier hielt sich seit ihrem Entstehen die bürgerliche Gesellschaft den Spiegel vor und formulierte ihre Utopien. Sie sind damit Möglichkeiten der Selbstreflexion einer Gesellschaft. Das müssen sie bleiben, und darum ist es wichtig, dass sie sich der Aktualität öffnen. Zugleich machen öffentliche Theater, Orchester und Museen die Kunst vergangener Perioden lebendig. Sie sind auch als Museen bürgerlichen Selbstverständnisses bedeutsam, weil große Kunst immer auch die Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft und ihres Selbstverständnisses dokumentiert hat.

Bildung für alle kann ein Beitrag dazu sein, dass auch Lohnabhängige nicht nur auf ihre Arbeitskraft reduziert werden. Daher sind der Partei DIE LINKE die künstlerische Bildung, der Zugang zu Büchern und anderen Medien und der allgemeinbildende Charakter der Volkshochschulen ein wichtiges Anliegen. DIE LINKE tritt daher für den Erhalt dieser Institutionen und ihres kritischen Charakters ein. Sie setzt sich für einen leichten und bezahlbaren Zugang aller zu diesen Institutionen ein.

Das bedeutet insbesondere:

- Das Theater wird weit überwiegend aus dem städtischen Haushalt finanziert. Diese hohen Zuschüsse müssen allen Theaterinteressierten zugutekommen. Daher muss es auch für aufwändige Aufführungen Eintrittspreise geben, die sich alle leisten können. DIE LINKE tritt dafür ein, dass der Preis der Karten in der billigsten Preisgruppe den einer Kinokarte nicht übersteigt.
- Schulklassen sollen freien Eintritt in die Museen der Stadt haben.
- In Bielefeld gibt es viele im künstlerischen Bereich tätige Initiativen, insbesondere im Bereich von Theater, Film und Bildender Kunst. Für deren Arbeit müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Die notwendige Förderung darf nicht zu Lasten anderer Kulturangebote gehen.
- Die Linke fordert einen Neubau für das Naturkundemuseum, dessen Räume erheblich zu klein sind.
- DIE LINKE Bielefeld fordert, dass öffentliche Kunststätten eingerichtet werden, die der Bevölkerung für die Ausübung und die Präsentation von Kunst zur Verfügung stehen. Wie im Sportbereich, wo für die Bevölkerung Sportstätten zur Verfügung gestellt werden, muss es solche Stätten auch im künstlerischen Bereich geben. Sie müssen sowohl einzelnen Menschen wie auch freien Gruppen in den Bereichen der Bildenden Kunst, Theater und Musik zur Verfügung stehen.

## Schutz der Beschäftigten im Kulturbereich

Kunst und Kultur sind immer als erstes unter Druck, wenn öffentliche Finanznot herrscht. Viele kulturell und künstlerisch Tätigen leben ohnehin in prekären finanziellen Verhältnissen. DIE LINKE fordert: Dieser Druck darf durch städtische Politik nicht verschärft werden. Auch Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit ohne Not leben können.

Im Theater sind in der vorletzten Wahlperiode 600.000 € gegenüber den vereinbarten Zuschüssen gekürzt und Tarifsteigerungen nicht ausgeglichen worden. Diese Kürzungen führen in der Regel zu Kürzungen beim künstlerischen Personal. Wir wenden uns gegen die zunehmende Prekarisierung der Beschäftigten an den Bühnen. Wo es nicht aus künstlerischen

Gründen erforderlich ist, lehnen wir eine Befristung von Arbeitsverträgen ab.

## Finanzierung der Kultur

Die Kulturarbeit braucht eine bessere und öffentliche Finanzierung, sie darf nicht dem Wohlwollen des Mäzenatentums ausgeliefert werden. Das darf nicht zu Lasten anderer Bereiche des städtischen Haushalts gehen. DIE LINKE hält es für unredlich, Forderungen in diesem Bereich aufzustellen, ohne zugleich die grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzen

glaubwürdig zu vertreten. Das bedeutet einerseits die Ausschöpfung der Spielräume zur Erhöhung der Gewerbesteuern, andererseits die stärkere Belastung höherer Einkommen und Unternehmen durch Bund und Länder. Parteien, die sich mit kulturpolitischen Forderungen schmücken, zugleich aber eine stärkere Besteuerung der Besitzenden und Unternehmen

ablehnen, können keine kulturpolitische Glaubwürdigkeit beanspruchen.

# Sport in Bielefeld

## Was bedeutet Sport in unserer Gesellschaft?

Sport ist Wohlbefinden, Herausforderung, soziale Kontakte miteinander erleben, Integration, Bildung, Emotion, Motivation, Wettkampf, Fairness, Toleranz, Teamgeist, Chancengleichheit, Spiel, Freude, Spaß, und noch vieles mehr. In den Bereichen Prävention, Regeneration und Rehabilitation kommt dem Sport eine besondere Bedeutung zu. Sport ist ein wichtiger gesellschaftspolitischer Faktor und kann ein großes Integrationsprojekt sein. DIE LINKE ist sich dieser Bedeutung bewusst.

## Sport in Bielefeld

Bielefeld ist eine Sportstadt, in der fast 90.000 Menschen organisiert Sport betreiben. Dies geschieht in fast 220 Sportvereinen, in denen rund 100 Sportarten angeboten und ausgeübt werden. Insgesamt ist mehr als jede\*r dritte Bielefelder\*in direkt oder indirekt, aktiv und passiv dem Sport verbunden. Die Förderung des Amateur- und Breitensports ist der LINKEN ein besonderes Anliegen. Die finanzielle Absicherung des Profisports sehen wir nicht als kommunale Aufgabe an.

Mehrere Projekte finden über die Stadtgrenzen hinaus Anerkennung und Beachtung. Bielefeld United ist ein gutes Beispiel dafür, wie Sport geflüchteten Menschen in einer neuen Umgebung helfen kann. Solche Ansätze müssen auch weiterhin unterstützt werden.

Aber auch Orte wie das Ishara und die Freibäder gehören zu Bielefelds Sportstätten.

In einer Zeit, in der immer weniger Kinder kaum oder gar nicht schwimmen können, sind bezahlbare Bäder existenziell. Schwimmunterricht muss ein fester Bestandteil des Sportunterrichts sein!

Viele unserer Sportvereine stammen aus der Tradition des organisierten Arbeitersports. Der Erhalt der Vielfalt der Sportvereine ist uns ein wichtiges Anliegen. Es braucht ein breites, qualitativ gutes Sportangebot, welches allen Altersgruppen gerecht wird. Dieses Angebot beginnt schon im Kleinkindalter. Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen und später den Schulen sollen Freude an der Bewegung fördern. Zahlreiche Ballplätze innerhalb der Stadt unterstützen diese positive Entwicklung. Diese Plätze gilt es wie auch die Laufstrecken weiter auszubauen und instand zu halten. Wir fordern aber auch eine Barriere armen, unbürokratischen Zugang zu Fördermitteln, um auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien Sport in ihrer Freizeit zu ermöglichen.

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist auch Gesundheitssport ein wichtiger Bestandteil von Bielefelds Sportleben. Ein barrierefreier Zugang zu allen Bielefelder Sportstätten muss deshalb selbstverständlich sein.

Dabei möchten wir die tausendfach geleistete ehrenamtliche Arbeit aufwerten, ohne die der Sport im bisherigen Umfang und Qualität nicht auszuüben wäre. Sport-AGs in Schulen dürfen nicht unentgeltlich geleitet werden. Trainer\*innen und andere Ehrenamtliche verdienen unseren Respekt und Unterstützung.

# Eine digitale Stadt für alle!

Die Digitalisierung ist in aller Munde, doch ist sie für viele Bürger\*innen immer noch Neuland. Wir befinden uns inmitten einer digitalen Umwandlung, die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Technische Innovationen wie das Smartphone und das Tablet bestimmen Alltag und Arbeitswelt. So werden in einer digitalisierten Gesellschaft massenhaft Daten gesammelt, verarbeitet und verwertet. Oft ungefragt und ohne Genehmigung der betroffenen Menschen.

Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Wir wollen eine Digitalstrategie für die Bürger\*innen, die unsere Souveränität und Unabhängigkeit vor den großen Tech-Konzernen schützt.

Eine digitale Stadt für alle bedeutet für DIE LINKE Teilhabe und Stärkung der Demokratie für die Bürger\*innen. Eine digitale Stadt für alle muss von allen Menschen genutzt werden können, dies ist Voraussetzung für soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet und digitalen Diensten droht vielen Menschen die soziale Ausgrenzung. Die Verbindung zum Internet und zu den digitalen Angeboten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ähnlich wie Elektrizität und fließendes Wasser. Städte und Kommunen müssen gestärkt werden, diese Aufgaben zu erfüllen. Hier können wir uns am Konzept der digitalen Stadt Barcelona orientieren.

**DIE LINKE tritt ein für:**

● **schnelles Internet für alle Bürger\*innen und Unternehmen; flächendeckendes Breitbandnetz und Schließung der Funklöcher sowie öffentlich freie WLAN-Netze ohne Zugangskontrolle;**

● **Schulen werden an Breitbandnetze angeschlossen und müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet werden,**

● **die Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentliche oder genossenschaftliche Hand; der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund, Land und EU-Förderprogrammen erfolgen,**

● **die Ausweitung und Vernetzung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltung (Smart City), um Behördengänge möglichst unkompliziert und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können,**

● **eine digitale Stadt, die die Lebensumstände der Menschen verbessert und niemanden zurücklässt,**

● **kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger, damit alle etwas von der digitalen Stadt haben,**

● **umfassenden Datenschutz und Datenhoheit für alle Bürger\*innen über ihre Daten; der städtische Datenreichtum gehört nicht den Konzernen, sondern der Allgemeinheit; das Bielefelder Open-Data-Portal muss ausgebaut werden,**

● **eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch den Digitalisierungsausschuss.**

● **die Einführung von Open-Source-Software in der Stadt, um die Unabhängigkeit von digitalen Tech-Konzernen zu gewährleisten. Software, welche mit öffentlichen Mitteln entsteht, muss frei verfügbar sein - Public Money, Public Code.**



# Was heißt hier Gleichstellung?

## **Für ein solidarisches und geschlechtergerechtes Leben in unserer Stadt.**

Eine wirkliche geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik die Frauen und Männern im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien, um nur einige Gesellschaftsbereiche zu benennen, gleiche Rechte sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Immer noch zeigt der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen von mehr als 20% den realen Stand einer unzureichenden Gleichstellungspolitik.

## **Die LINKEN weiten den Blick auf die ganzheitliche Leistung der Menschen.**

Wir alle leisten als Frauen und Männer in der Familie Sorge- und Pflegearbeit, sind beruflich oder in der Ausbildung gefordert und bringen Kraft auf uns gesellschaftspolitisch einzubringen. Wir vergessen dabei oft, dass wir alle auch ein Recht auf die eigene Weiterentwicklung und unseren ganz privaten Lebensraum haben.

Zu einer zukunftsweisenden Entwicklung zur Gleichstellung gehört eben mehr als der

Blick auf Familie und Beruf, mehr als der Blick auf Männer und Frauen.

## **DIE LINKE fordert Geschlechtergerechtigkeit für alle Menschen.**

Dies geht die ganze Gesellschaft etwas an. Sie betrifft die Gleichstellung aller Geschlechter und aller sexuellen Identitäten.

**Kommunen können hier Vorbildfunktionen übernehmen, darum fordern wir für Bielefeld:**

- Mehr geschlechtergerechte Aufklärung in Schulen und allen weiteren Bildungseinrichtungen.
- Die unterstützende Aufwertung von professioneller wie privater Sorge- und Pflegearbeit.
- Frauen- und Mädcheninitiativen und Frauenhäuser qualitativ und finanziell abzusichern.
- Sichere Treffpunkte für Menschen aller Geschlechter und sexueller Identitäten zu schaffen.
- Maßnahmen zur Unterstützung der wachsenden Anzahl von Alleinerziehenden in unserer Stadt.

# Gemeinsam gegen Rechts

DIE LINKE setzt sich für ein offenes, buntes und vielfältiges Bielefeld ein. Dazu gehört das Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und mit unterschiedlichen Lebensweisen. Das wollen wir unterstützen, Respekt und Mut zeigen und uns Rassismus und Nationalismus entgegenstellen.

Autoritäres und faschistisches Gedanken-gut wirkt inzwischen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Ursachen hierfür sind besonders mangelnde soziale Sicherheit, Verunsicherung und Abstiegsängste - vor allem also die erlebte Ohnmacht angesichts der entfesselten Kräfte des Marktes.



Dagegen setzen wir die Stärkung sozialer Sicherheit und die Ausweitung der Demokratie, auch durch eine steuerpolitische Absicherung der öffentlichen Haushalte. Zudem gilt es besonders im öffentlichen Raum, Stärke zu zeigen und den Faschisten zu verdeutlichen, dass sie in Bielefeld keine Unterstützung durch die Zivilgesellschaft haben.

**Daher fordert DIE LINKE:**

- dass die Stadt im Besonderen das „Bündnis gegen Rechts“ unterstützt,
- dass sich die Stadt mit allen rechtlichen Möglichkeiten gegen die Aufmärsche der Rechten wehrt, insbesondere zum 9. November,
- Unterstützung antifaschistischer Initiativen,
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Präventions-, Bildungs- und Aufklärungsarbeit zur Demokratiestärkung und gegen Diskriminierung und Rassismus.

Den demokratischen Gedanken durch Erinnerungskultur, Bildung und Erziehung zu stärken, ist ein weiteres auszubauendes Element.

Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen Rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren. Um auf die Verbrechen der NS-Zeit hinzuweisen, aufzuklären und den Rechten Paroli zu bieten, begrüßen wir insbesondere die Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus.

Daher fordert DIE LINKE:

- den Erhalt und Ausbau der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands,
- den Erhalt und die Pflege der sog. Stolpersteine für die Opfer des Faschismus,
- die Förderung der Aufarbeitung der Verbrechen des Faschismus in unserer Stadt, u.a. durch Förderung von Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen Gebäuden und der künstlerischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit.

## Migration und Flucht:

# Integration in Bielefeld gestalten

## Bielefeld ist eine Migrationsstadt

Migration hat immer stattgefunden. Ende des 19. Jahrhunderts mit Beginn der Industrialisierung kamen Menschen aus Schlesien, Polen, Österreich nach Bielefeld. Sie arbeiteten in der Textil- und Maschinenbauindustrie. In den 1960er Jahren schloss die BRD-Anwerbeabkommen mit Ländern in Südeuropa. Bielefeld wurde für Menschen aus Italien, Griechenland, Jugoslawien, der Türkei zur neuen Heimat. Ebenso für Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen waren. Bielefeld war auch Ziel vieler Migrant\*innen aus Osteuropa sowie im Zuge der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch aus Polen, Bulgarien und Rumänien.

2015 und 2016 kamen viele Menschen nach Bielefeld, die vor Kriegen flüchteten. Seit der Schließung des Fluchtweges über die Westbalkanroute in die EU wagen Menschen immer wieder die gefährliche Flucht über das Mittelmeer. Es ist unsere Pflicht ein sicherer Hafen für diese Menschen zu sein. Mehr als 150 Nationen leben heute in Bielefeld. Über 130.000 Bielefelder\*innen, also fast 40%, haben einen Migrationshintergrund. Sie sind Teil unserer Gesellschaft. Deshalb ist es für DIE LINKE selbstverständlich, mit ihnen für rechtliche und politische Gleichstellung einzutreten. Für gute kommunale Integrationspolitik muss unsere Stadt Strukturen zur Verfügung stellen, die Integration ermöglichen.

Die Integration, die wir wollen, ist:

- menschenrechtskonform
- solidarisch
- antidiskriminierend

## Worauf wir dabei setzen?

- Integration durch Bildung
- Integration durch Arbeit
- sozialräumliche Integrationsarbeit im Quartier
- gleiche soziale und politische Rechte
- das Grundrecht auf Asyl. Denn kein Mensch ist illegal!

## Integration durch Bildung

Die gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem ist wesentlich für eine erfolgreiche Integration und die gesellschaftliche Teilhabe. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind immer noch deutlich benachteiligt. Tatsächliche oder vermeintliche Defizite der Sprache, verdeckter und offener Rassismus führen zu schlechteren Chancen im Bildungswesen.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden.

Das bestehende Integrationskurs-System ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen allen neu zugewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur Verfügung gestellt werden.

## **DIE LINKE fordert:**

- **die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung**
- **mehr Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen.**

## **Integration durch Arbeit**

Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies gilt für alle Menschen. Jedoch bleibt insbesondere vielen Migrant\*innen der Arbeitsmarkt verschlossen, oder sie werden in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration, wohingegen prekäre Arbeit strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung führt. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen. Diese müssen abgebaut werden

## **DIE LINKE fordert:**

- **anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern**
- **mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der Kommunalverwaltung**
- **fortbestehende Angebote zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten.**

## **Gleiche soziale und politische Rechte für alle**

Die Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen und Bildungschancen nimmt zu. Überproportional betroffen sind dabei Migrant\*innen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant\*innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung durch

erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen, die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen.

## **Was tun?**

- Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf Nicht-EU-Bürger\*innen
- sozialräumliche Integrationsarbeit als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung
- Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- Einbeziehung von Migrant\*innen Selbstorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommunen

## **Kein Mensch ist illegal!**

Flucht hat mehrere Gründe, einer davon ist Krieg. Die führenden Staaten des Kapitalismus tragen durch die Lieferung von Waffen und durch die Einmischung in innerstaatliche Konflikte zu ihren Zwecken zum Elend und zur Flucht in der gesamten Welt bei. Doch nicht nur Kriege werden von den westlichen Staaten, der EU und Deutschland heraufbeschworen, auch wirtschaftliche Einflussnahme – unter anderem durch subventionierte Lebensmittellieferungen und unfaire Freihandelsabkommen – ist an der Tagesordnung. Dadurch können in den betroffenen Ländern und Gebieten z. B. Lebensmittel für einen Bruchteil der einheimischen Preise angeboten werden. In der Folge verlieren Landwirt\*innen ihre Existenzgrundlage.

Auch der Klimawandel wurde und wird im Wesentlichen durch die Industrienationen verursacht. Die zunehmenden Auswirkungen tragen zu Wanderungsbewegungen bei. Alle Menschen, die aus existenzieller Not ihr Land verlassen, sei es Krieg, Hunger, Armut oder Klimaveränderungen, bedürfen unser aller Schutz und Unterstützung!





### **DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass**

- die Verwaltung alle rechtlichen Spielräume nutzt, um Abschiebungen zu verhindern.
- die ZAB (Zentrale Ausländerbehörde) keine Abschiebungen im Auftrag anderer kommunaler Behörden durchführt
- die Verwaltung alle kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen nutzt

## **Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik**

### **DIE LINKE setzt sich ein für**

- gleiche Rechte für geflüchtete Roma wie für alle Geflüchteten
- eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen
- verbindliche gute Standards für die Unterbringung und Versorgung schutzsuchender Menschen

● keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen; Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen

● vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete

Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs oder müssen Aufstockungsleistungen beantragen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Sie hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es ALLEN besser geht.

# Für Frieden – gegen Aufrüstung und Militarisierung in Bielefeld

Frieden beginnt vor Ort. Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte und Kommunen, sondern bereits die ungeheure Aufrüstung sowie provokante Militärmanöver. Die Bundesregierung plant die Militär- und Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt bis 2024 auf 60 bis 70 Milliarden Euro zu steigern. Damit wären sie höher als die Russlands. Dieses Geld fehlt vor Ort, etwa bei Investitionen in Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg werden die Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr für Sozialleistungen und für den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft dringend benötigt. Das kann nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden. Dennoch gibt es hier in Bielefeld Maßnahmen, um für Frieden zu werben.

Dabei setzen wir auf:

- Aufklärung und Friedensbildung
- Völkerverständigung und Menschlichkeit
- Entspannungspolitik
- Völkerrecht und Menschenrechte

## Militärausgaben und Kriegsfolgen als Probleme für Bielefeld

Dass im Krieg Menschen getötet, traumatisiert und in die Flucht getrieben werden, ist schlimm – und allgemein bekannt. Dass der immense Energie- und Materialverbrauch erheblich zur Klima- und Umweltkrise beiträgt, ist weniger im Bewusstsein. Die Bundeswehr und ihre Manöver verursachen auch lokale Umweltschäden, was bei dem Moorbrand im Emsland sowie dem Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern besonders deutlich geworden ist.

Weltweite Kriegsfolgen treffen unsere Kommunen – auch Bielefeld – direkt: die Migra-

tionsbewegungen. Menschen aus Kriegsgebieten verlieren ihre Heimat und suchen Schutz und die Möglichkeit, bei uns zu überleben, zu leben. Die geflüchteten Menschen und ihre Familien in Bielefeld aufzunehmen und sie kommunal zu unterstützen, ist ein Gebot der Menschlichkeit.

DIE LINKE engagiert sich seit Jahren stark beim jährlichen Ostermarsch und vielen friedensstiftenden Veranstaltungen in Bielefeld.

## DIE LINKE tritt ein für Internationale Zusammenarbeit mit Städten und Regionen

Städte- und Projektpartnerschaften tragen zur Völkerverständigung bei und sollten weiter ausgebaut werden. Bielefeld unterhält bereits sieben Städtepartnerschaften. Außerdem besteht eine Projektpartnerschaft mit der Stadt Zababdeh/ Palästina. Diese Partnerschaft sollte zu einer Städtepartnerschaft erweitert werden. Internationale Zusammenarbeit von Bielefelder Schulen und Vereinen fördert auch die friedliche internationale Zusammenarbeit.

## Gegen die Militarisierung der Gesellschaft

Aufrüstung und eine Politik, die Kriege und Kampfeinsätze im Ausland unterstützt, erfordert Militarisierung im Innern. Die Bundeswehr wirbt deshalb aktiv in der Öffentlichkeit. Sie führt auf Straßen und Plätzen Veranstaltungen und Tage der offenen Tür in ihren Kasernen für Familien durch. Bei der Nachwuchswerbung macht sie auch keinen Halt vor Bildungseinrichtungen und Schulen. Wir wehren uns gegen eine Normalisierung des Militärischen.

**DIE LINKE tritt ein für eine konsequente kommunale und antimilitaristische Friedenspolitik und fordert:**

- **Beteiligung an internationalen Städtebündnissen für Frieden: Bielefeld ist Mitglied des Bündnisses "Mayors for Peace" - "Bürgermeister\*innen für Frieden", das die Abschaffung der Atomwaffen zum Ziel hat. DIE LINKE setzt sich für öffentlichkeitswirksame Aktionen im Rahmen dieses Bündnisses ein. Auch sollte über den ICAN-Städteappell stärker informiert werden. Dieser Appell, der im Stadtrat verabschiedet worden ist, fordert, dass die Bundesregierung dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten soll,**
- **Förderung von Friedensbildung in unseren Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung**
- **Unterstützung Bielefelder Friedensinitiativen und -organisationen**
- **Kein „Werben fürs Sterben“.**

Wir wollen keine Bundeswehr-Stände bei von der Stadt organisierten Ausbildungsmessen. Wir wollen ein Ende der Rekrutierung von Minderjährigen und junger Erwachsener durch die Bundeswehr an Schulen, Bildungszentren und Arbeitsagenturen. Darüber hinaus sollen Jugendliche über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr umfassend aufgeklärt werden.

## **Wir wollen einen Alltag ohne Militär:**

- dazu gehört die Umbenennung von Bielefelder Straßen, die immer noch nach Kriegsverbrechern benannt sind oder kolonialistische Namen tragen
- Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichenden Denkmälern
- Keine städtischen Patenschaften mit Einrichtungen der Bundeswehr und mit Kriegsschiffen. Stattdessen sollte eine Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff übernommen werden.



